

Wahlkampf- Info

Zeigt Kohl die rote Karte!

*8 Jahre Kohl =
8 Jahre Aufschwung
für die Reichen*



VORAN

Zeitung der Marxisten in der SPD
Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 13 45 04
Spendenkonto: Postgiroamt Essen,
BLZ 360 100 43, Kto.-Nr. 2500 59 - 430

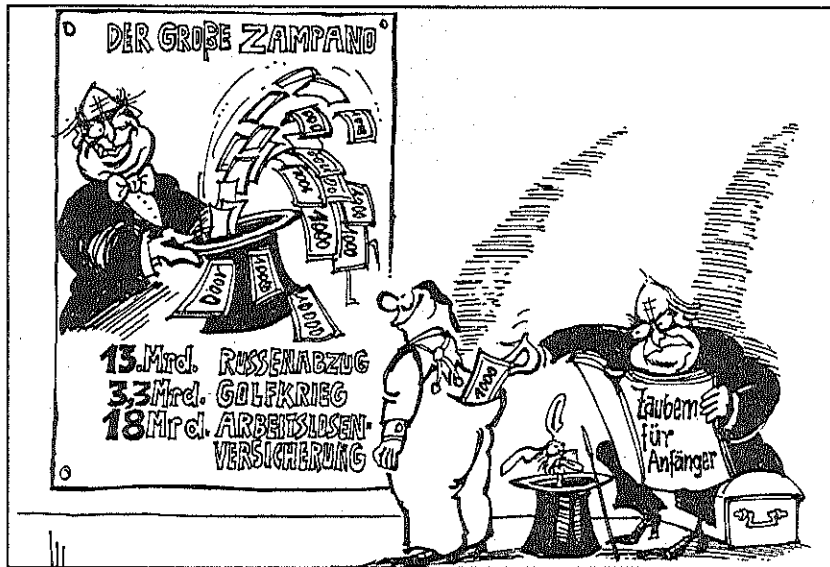
Preis: 2,50 DM

8 Jahre Kohl-Regierung 8 Jahre Aufschwung für die Reichen

1. Reich und Arm

Reiche werden reicher ...

Gemessen an der Einwohnerzahl hat die BRD mehr Milliardäre als die USA und Japan. 82 deutsche Milliardäre haben ein Vermögen von 195,5 Mrd. Mark (Quelle: Forbes Juli 1990) Die Bruttogewinnquote erreichte 1988 mit 37% den höchsten Stand in der Geschichte der BRD. Die Nettogewinneinkommen haben sich von 1980 bis 1988 fast verdoppelt (+93%). (Quelle: Der Gewerkschafter 1/90) Der Anteil der Nettoinvestitionen an den Nettogewinnen sinkt gleichzeitig laufend von 65% im Jahr 1970 auf 49% im Jahr 1980 und auf 27% im Jahr 1988. (Quelle: Daten für Metaller 1989, G 3.2) Die Konzerne haben Milliarden Gelder mit denen sie nicht wissen wohin.



... Arme werden ärmer

“Das angebliche Massenelend in der Bundesrepublik ist eine Erfindung von Porsche-fahrenden Jungsozialisten, aber nicht die Wirklichkeit.” Blüm (Stuttgarter Zeitung vom 29.10.1983)

10% der Bevölkerung (6 Millionen) leben unter der Armutsgrenze. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich seit Kohls Amtsantritt um eine Million erhöht. (1982: 2,3 Millionen, 1989: 3,5 Millionen) Die bereinigte Lohnquote hat 1989 einen Stand von 55,7% erreicht. Das ist ein neuer Rekord-Tiefstand in der Nachkriegsgeschichte. (Quelle: Der Gewerkschafter 6/90)

Während sich die Nettogewinne fast verdoppelt haben, sind die Nettolöhne von 1980 bis 1988 nur um 24% gestiegen. (Quelle, Der Gewerkschafter 1/1990) Wäre die Lohnquote noch auf dem Stand von 1981, hätten die abhängig Beschäftigten 1989 127 Milliarden mehr Einkommen.

2. Steuerreform

“Dies ist eine Koalition, die eben nicht Klassen vertritt, sondern das Ganze.” Kohl (1983)

“Wir verlangen die notwendigen Opfer nicht von den Einkommensschwachen, sondern von denen, denen die Opfer eher zugemutet werden können.” (Kohl in seiner Regierungserklärung im Oktober 1982)

Die Lohnsteuerquote (Verhältnis der Lohnsteuer zu Bruttolohn- und Gehaltssumme) hat sich wie folgt erhöht:

1982: 16,0%

1989: 18,3%

1993: 18,6%

D.h., daß die Arbeitnehmer 1993 rund 31 Milliarden DM mehr bezahlen müssen, als bei der alten Lohnsteuerregelung.

SPD: Lohnsteuerlast steigt trotz Steuerreform

BONN (dpa). Die SPD hat der Bundesregierung vorgehalten, daß die Steuerbelastung der Arbeitnehmer trotz der Steuerreform 1990 weiter steige. Die „jahrelange Propaganda der Bundesregierung wird durch die Zahlen der Steuerschätzung widerlegt“, sagte der Finanzobmann der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, in Bonn. Nach Angaben von Poß steigt die Lohnsteuerquote, die als Verhältnis der Lohnsteuern zur Bruttolohn- und Gehaltssumme die Steuerbelastung der Löhne und Gehälter wiedergibt, von 16 Prozent im Jahr 1982 auf 18,3 Prozent in diesem Jahr und 18,6 Prozent im Jahr 1993. Diese 2,6 Prozentpunkte Differenz bedeute, daß die Arbeitnehmer 1993 rund 31 Milliarden DM mehr Lohnsteuern zahlen müssen, als sie zu zahlen hätten, wenn die Lohnsteuerbelastung des Jahres 1982 noch bestünde.

aus: “Stuttgarter Zeitung”, 18.5.89

Steuerbelastung 1980-1988

	Brutto-Gewinne Milliarden Mark	Netto-Gewinne Milliarden Mark	Steuerbelastung in Prozent
– Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) –			
1980	316	254	19,7
1988	565	491	13,1
1980/88 in Prozent	+ 73	+ 93	–33
– Unternehmen (mit eigener Rechtspersönlichkeit) –			
1980	68	42	38,6
1988	135	98	27,8
1980/88 in Prozent	+ 98	+138	–28
– Löhne und Gehälter je Beschäftigten –			
	Brutto DM/Monat	Netto DM/Monat	Steuerbelastung + Sozialabgaben in Prozent
1980	2500	1764	29,6
1988	3291	2198	33,2
1980/88 in Prozent	+32	+25	+12

aus: “Der Gewerkschafter” 1/90

Unternehmensgewinne und direkte Steuern			
Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit			
Jahr	Brutto- Unternehmensgewinne	Netto- Unternehmensgewinne	Durchschnittlicher Steuersatz in Prozent
1980	68270	41890	38,6
1981	73460	47900	34,9
1982	82320	55190	33,0
1983	98210	68600	30,1
1984	110550	75090	31,2
1985	117650	78420	33,3
1986	118700	79670	32,8
1987	121290	89890	27,7
1988	132050	94410	28,5
1989	141290*	100290	29,0
Zuwachs gegenüber 1980	+ 107 Prozent	+ 139 Prozent	

* Schätzung auf Basis von Bundesbank-Angaben
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18 und telefonische Auskunft. Eigene Berechnung und Schätzung

aus: "Der Gewerkschafter", 5/90

Seit 1983 ist die Steuerquote der Unternehmer niedriger als die Lohnsteuerquote.

Was bedeutete die "Einkommenssteuerreform" im Einzelnen?

1. Von den 25 Milliarden Entlastung für Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen wurde die Hälfte über die Erhöhung der Verbrauchssteuern finanziert:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 13 auf 14% ab 1.7.83 (10,4 Mrd. DM im Jahr);
- Erhöhung der Benzinsteuern um 12 Pfennig pro Liter auf 65 Pfennig bzw. bei bleifreiem Benzin um 9 Pfennig auf 57 Pfennig pro Liter (2,9 Mrd. DM im Jahr);
- Erhöhung der Heizölsteuer um 3,3 Pfennig pro Liter (550 Mio. DM im Jahr);
- Erdgassteuererhöhung um 3 Pfennig (1,5 Mrd. DM);
- Erhöhung der Tabaksteuer um 3 Pfennig pro Zigarette (1,5 Mrd. DM);
- Steuererhöhung auf Branntwein und Liköre (65 Mio. DM pro Jahr);
- Erhöhung der Versicherungssteuer (600 Mio. DM pro Jahr).

2. Je höher die Einkommen, desto stärker ist die Entlastung:

- Die Spitzenverdiener wurden fünfzigmal so stark entlastet, wie die Normalverdiener. Der Spitzensteuersatz wurde von 56 auf 53% gesenkt. Beispiel: Wer 36.000,- DM im Jahr verdient, spart 144,- DM im Jahr, wer 260.000,- DM verdient, spart 7330,- DM.
- Die Kinderfreibeträge führen dazu, daß das Kind eines Spitzenverdieners fast dreimal soviel wert ist, wie das eines Normalverdieners. Beispiel: Wer 3000,- DM im Monat verdient, spart 21,- DM, wer 21.670,- DM verdient, spart 54,- DM.

Entlastung durch die Steuerreform						
Beispiel: Verheiratet, 2 Kinder (Steuerklasse III/2)						
Bruttojahres- verdienst (DM)	Jahreslohnsteuer (DM)				Entlastung 1990/1985 (DM) (%)	
	1985	1986	1988	1990		
12 000	0	0	0	0	0	0,0
24 000	1 830	782	688	74	1 756	96,0
40 000	4 848	3 920	3 826	2 618	2 230	46,0
70 000	12 438	11 328	10 894	9 416	3 022	24,3
120 000	34 116	31 724	28 978	23 746	10 370	30,4
200 000	76 014	72 316	66 828	54 590	21 424	28,2

Quelle: Bundesregierung

Viele Arbeiter zahlen viel mehr Steuern als vor der "Reform":

- Schichtarbeitern werden ihre Zulagen für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit versteuert (0,4 Mrd. DM im Jahr). Beispiel: Ein Rotationsdrucker im Zeitungsbetrieb mit 38.167,- DM Jahreslohn zahlt im Jahr 1993 3398,- DM mehr Steuern und Sozialabgaben als 1987.
- Belegschaftsrabatte (Personalkredite, Werkwohnungen, Angestelltenrabatte, Jahreswagen) müssen ab 2400,- DM versteuert werden (0,2 Mrd. DM im Jahr).
- Die Steuerfreiheit von Zuschüssen fürs Kantinenessen über 1,50 DM pro Tag wurden gestrichen (1 Mrd. DM im Jahr).

Steuergeschenke für die Unternehmer

Gewerbsteuer: Durch Zurechnung der Dauerschuldzinsen bei der Gewerbeertragssteuer und der Hinzurechnung der Dauerschulden bei der Gewerkekaptalsteuer ab 1983 Steuererleichterungen für die Industrie auf Kosten der Gemeindefinanzen.

Grunderwerbssteuer: Bis 1982 war die Rechtslage so, daß die Steuer 7% des Kaufpreises betrug. Befreit wurden Grundstücke, die zum sozialen Wohnungsbau und für den Bau von Eigentumswohnungen in den nächsten fünf Jahren gekauft wurden.

Der Steuersatz wurde auf 2% gesenkt. Befreiungstatbestände sind weggefallen. Konsequenz: Wer für sich selbst ein Haus oder eine Sozialwohnung baut, muß Steuern bezahlen. Villenbauer und Spekulanten sparen bei einem Kaufpreis von 700.000 bis 800.000 DM 20.000-30.000 DM.

Vermögenssteuer: Die Senkung der Vermögenssteuer entlastete die Reichen allein 1984 um 1,64 Milliarden DM.

Ertragssteuern: Allein 1984 wurden die Unternehmer bei den Ertragssteuern um 2,05 Mrd. DM entlastet durch Sonderabschreibungsmöglichkeiten, Anhebung des Freibetrags bei Betriebsveränderungen u.a. Steuervergünstigungen.

Allein die Vergünstigungen bei den Unternehmenssteuern bringen den Unternehmern seit 1984 jährlich 4 Mrd. DM mehr Nettogewinne.

Damit nicht genug: Kohl plant für 1993 eine Unternehmenssteuerreform, die die Unternehmer um weitere 20-30 Milliarden DM entlastet.

3. Gesundheitsreform

"Früher sind die Menschen mit 35 Jahren jubelnd und fröhlich gestorben, während sie sich heute bis 80 durchjammern." Bundesarbeitsminister Blüm 1988

Blüms Gesundheitsreform zieht den Versicherten und Rentnern 9,5 Mrd. DM pro Jahr zusätzlich aus der Tasche. Der bescheidene "Solidarbeitrag" der Pharmaindustrie in Höhe von 1,7 Mrd. DM wurde von dieser abgeblockt.

"Nirgends in Europa sind Arzneimittel so teuer als in der BRD: Im Schnitt zahlen wir dreimal mehr als die Italiener, doppelt so viel wie die Franzosen." (Metall, 4.3.1988)

Blüms "Strukturreform des Gesundheitswesens" ist nichts anderes als eine weitere Umverteilung von der Masse der Versicherten zu den Pharmakonzernen und Chefärzten. Mit Leistungskürzungen und Sonderabgaben werden wir zur Kasse gebeten:

- weniger Geld von den Kassen für Zahnersatz, d.h. höhere Selbstbeteiligung;
- bei Arzneimitteln zahlen die Kassen nur noch die Kosten für Standardpräparate;
- Fahrtkosten zum Arzt müssen selbst bezahlt werden;
- weniger Geld für Brillen, Kontaktlinsen und Hörgeräte;
- die Rezeptgebühren wurden auf 2 DM erhöht;
- das Sterbegeld wurde gestrichen;
- sogenannte Bagatellarzneimittel werden nicht mehr bezahlt.

Von allen Beschäftigten in der BRD erreichen 1/3 das Rentenalter gesund, 1/3 als Berufsinvaliden, 1/3 sterben vorher.

4. Sozialabbau

“Wer da von Sozialertrümmerung, Demontage und Abbau spricht, lebt auf einem anderen Stern.” Blüm (1985)

a) Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich seit Kohls Amtsantritt um über 1 Million erhöht. Ihr Lebensstandard ist weiter gesunken. Die bis dahin allgemein als gesellschaftliches Existenzminimum geltenden Sozialhilfesätze wurden 1983 gesenkt und damit unter die Armutsgrenze gedrückt.

Seit 1984 werden nicht nur Eltern und Kinder zur gegenseitigen Verantwortung genommen, sondern auch Enkel und Großeltern.

Durch die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit erhalten nur noch knapp ein Drittel der Arbeitslosen Arbeitslosengeld. Über 40% der Arbeitslosen erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Sie sind auf die Unterstützung ihrer Angehörigen und auf Sozialhilfe angewiesen. Ein CDU-Flugblatt aus dem Jahr 1987 kommentiert diese Verarmung wie folgt:

“Daß gegenwärtig rund 680.000 Arbeitslose keine Leistung der Bundesanstalt erhalten ist kein Zeichen von Armut. Wer wegen fehlender Bedürftigkeit - etwa weil sein Ehepartner gut verdient - keine Arbeitslosenhilfe erhält, ist nicht arm.”

Zitiert

„Wirtschaftswoche:
Aber wer zahlt Ihnen bis zum Jahresende die fehlenden sieben Milliarden?“

Blüm: Wer sagt, daß mir sieben Milliarden fehlen?“

Wirtschaftswoche: Eine Presseerklärung Ihres Ministeriums.“

Aus einem Interview der „Wirtschaftswoche“ mit Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) über das drohende Defizit in der Sozialversicherung.

b) Arbeitslosengeld und -hilfe

- Ab Jan 1983 Senkung des Arbeitslosengeldes, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeldes für Ledige und Kinderlose von 68 auf 63% und bei der Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56%.

- Berechnung der Arbeitslosenunterstützung für Lehrlinge, die nicht übernommen werden auf Grundlage der Hälfte des tariflichen Arbeitslohns bzw. der Azubi-Vergütung.

- Seit Januar 1983 sind für 1 Monat Leistungsbezug 3 Beitragsmonate erforderlich. D.h. für 1/2 Jahr Arbeitslosengeld müssen 18 beitragspflichtige Beschäftigungsmonate nachgewiesen werden.

- Die Sperrzeit wurde von 8 auf 12 Wochen erhöht.

- Ab 1986 wurde Höchstanspruchsdauer für ältere Langzeitarbeitslose auf max. 2 Jahre gesenkt.

c) Sozialversicherung

- Die Beiträge für die Rentenversicherung wurden zunächst von 18,5 auf 19,2% erhöht und dann auf 18,7% reduziert.

- Die durchschnittlichen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stiegen 1989 auf ein Rekordniveau von 13% und konnten trotz “Gesundheitsreform” 1990 nur um 0,5% auf durchschnittlich 12,5% gesenkt werden.

- Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden im Januar 1983 von 4 auf 4,4% erhöht und 1986 wieder auf 4% gesenkt.

- Urlaubs-, Weihnachtsgeld und Sonderzahlungen werden stärker sozialversicherungspflichtig.

- Für Krankengeld müssen in voller Höhe Rentenversicherungsbeiträge bezahlt werden.

Ergebnis: Die Beitragsquote zur Sozialversicherung der abhängig Beschäftigten hat sich seit 1980 von 16,2% auf 18,9% (Rekord) erhöht. (Quelle: Der Gewerkschafter 6/90)

d) Bafög

1982 wurden vom Bund noch über 1 Milliarde Mark für Schülerbafög ausgegeben. 1987 waren es nur noch 290 Millionen. Grund: Schüler, die zu Hause wohnen, bekamen kein Geld mehr.

Das Studentenbafög wurde auf Volldarlehen umgestellt. Während 1982 noch 41,8% der Studenten Bafög erhielten, waren es 1988 nur noch 28,5%. (Quelle: Stuttgarter Zeitung 29.6.90) Nur noch 8 von 100 Arbeiterkindern haben 1989 studiert (taz 19.10.90).

Nach den Studentenprotesten 1988/89 sah sich die Kohl-Regierung zu einer Korrektur ihres Bafög-Kahlschlags von 1983 gezwungen. Ab Herbst 1990 gilt:

- die Hälfte des Bafögs wird als Zuschuß gewährt;

- die Bedarfssätze werden um 3% erhöht;

- die Einkommensgrenzen wurden erhöht.

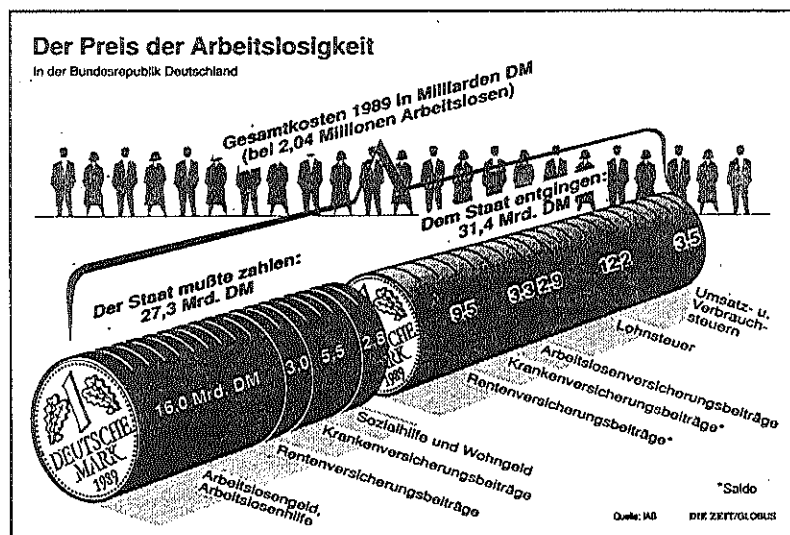
Gleichzeitig wurde für Absolventen des zweiten Bildungswegs die elternunabhängige Förderung eingeschränkt. Die studentische Krankenversicherung wurde erhöht.

- Seit 1982 wurde der Bildungsetat von 4,5 Mrd. DM auf 3,43 Mrd. DM im Jahr 1988 gekürzt. Die erste Erhöhung fand 1989 um 3,6% auf 3,56 Mrd. DM statt. Der Rüstungsetat ist ca. 15mal so groß.

- An den Hochschulen standen 1987 1,41 Millionen Studenten nur 790.000 Studienplätze gegenüber.

e) Pflege- und Erziehungsnotstand

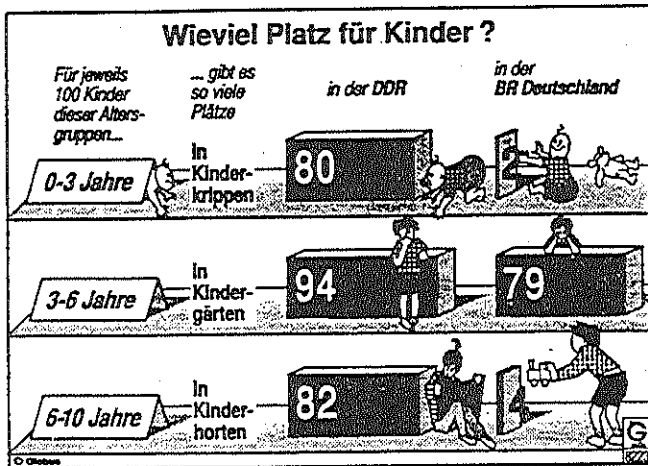
“Meine Hochachtung gilt unseren Müttern, die ein Leben lang ihre Pflicht getan haben, ohne zu protestieren, die nie demonstrieren konnten - gar nicht wissen, wie das geht.” Kohl (1983)



Der Jugendbericht der Bundesregierung vom April 1990 gibt zu, daß höchstens 3% aller Kinder bis 3 Jahre in Kinderkrippen untergebracht werden können. Die BRD hat europaweit die schlechteste Versorgung bei Krippen und Kindertagesstätten.

Für 35% aller Kinder in der BRD fehlen Kindergartenplätze.

Das Mutterschaftsgeld wurde zunächst von 750,- auf 510,- DM gekürzt. Dann wurde ein Gesetz über Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub verabschiedet. Danach erhält jede Mutter 6 Monate lang ein Erziehungsgeld von 600,- DM. Länger als 6 Monate und seit 1.7.90 bis zu 18 Monate erhalten nur noch Familien mit weniger als 29.400,- DM Jahreseinkommen Erziehungsgeld in voller Höhe.



Was die Frauen verlieren

Veränderungen in der Sozialgesetzgebung

Berlin (taz) — Wenn die DDR-Sozialgesetzgebung von der bundesdeutschen abgelöst wird, ergeben sich für die Frauen in der DDR eklatante Nachteile. Es wird ihnen in Zukunft erheblich schwerer gemacht, Kindererziehung und Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Die Veränderungen im einzelnen:

Vorruhestand: In der DDR konnten Frauen ab 55 Jahren, Männer ab 60 Jahren bei 70 Prozent ihres Nettolohns in den Vorruhestand gehen. Die Bonner Koalition will dagegen eine Regelung anbieten, die in der BRD ähnlich gilt. Ab 57 Jahren kann man bis zur Rente Arbeitslosenunterstützung (günstigstenfalls 63 Prozent des Nettolohns) erhalten.

Erziehungsurlaub: Bisher konnten DDR-Frauen bei der Geburt eines Kindes bis zu 12 Monate Erziehungsurlaub machen, Alleinerziehende bis zum 3. Lebensjahr des Kindes, wenn kein Kindergartenplatz aufzutreiben war. Der Lohnersatz erhöhte sich mit der Kinder-

zahl. Wie in der BRD war der Arbeitsplatz garantiert. In der BRD kann man sich ab 1.7.1990 bei der Geburt eines Kindes für 18 Monate beurlauben lassen. Für sechs Monate erhält die Bundesdeutsche ein Erziehungsgeld von 600 Mark, danach wird es deutlich weniger.

Wochenurlaub: Der Wochenurlaub bei Geburt beträgt in der DDR 20, in der BRD acht Wochen.

Kinderbetreuung: 40 Tage pro Jahr können DDR-Mütter und Väter insgesamt bei Krankheit des Kindes zu Hause bleiben. Dies gilt für Kinder bis 14 Jahre; wenn mehrere Kinder krank werden, gilt es für jedes Kind extra. In der BRD sind dafür pro ArbeitnehmerIn nur fünf Tage vorgesehen. Nur Alleinerziehende können 10 Tage in Anspruch nehmen, Höchstalter der kranken Kindes: acht Jahre.

Haushaltstag: DDR-Frauen (theoretisch auch Männer) haben einen freien Tag im Monat. Der soll ersatzlos gestrichen werden.

aus: "taz", 24.8.90

Kindergeldentwicklung

	bis 1983	ab 1.1.83	ab 1.7.90
1. Kind	50,-	50,-	50,-
2. Kind	100,-	70,-	130,-
3. Kind	220,-	140,-	220,-
ab 4. Kind	240,-	140,-	240,- *

(* bei Elterneinkommen über 45.480,-)

Großverdiener wurden durch Kinderfreibeträge entlastet (siehe Abschnitt Steuerreform).

Von 2 Millionen pflegebedürftigen Menschen leben 300.000 in Heimen. Bei einer Durchschnittsrente von 920,- bei Arbeitern und 1.315 bei Angestellten sind Pflegesätze von 3.000 bis 4000 Mark unerschwinglich. 1990 müssen bereits 9 Milliarden DM Sozialhilfe für Heimpflege bereitgestellt werden.

Auf 2.500 Einwohner kommt eine hauptamtliche Kraft einer Sozialstation. Der Mehrbedarf an Pflegekräften wird auf 200.000 geschätzt (taz 27.9.90). Die Bundesregierung hat eine Verordnung beschlossen, wonach in den nächsten 5 Jahren nur 6.500 zusätzliche

Stellen für den Bereich stationäre Psychiatrie geschaffen werden (taz 27.9.90).

In den Krankenhäusern fehlen ca. 60.000 Krankenpflegerinnen und 1000 Hebammen.

f) Rente

Die Rentner wurden in den 8 Jahren Kohl-Regierung besonders geschöpft:

- Der Krankenversicherungsbeitrag, den die Rentner zu zahlen haben stieg von Jahr zu Jahr. 1983 1%, 1987 5,9%.
- Die Rentenabfindung für Witwen und Witwer, die wieder heiraten wurden stark gekürzt.
- Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose werden nicht mehr nach früherem Verdienst, sondern nach Höhe der Arbeitslosenunterstützung bemessen. Das führt zu erheblichen Rentenverlusten für Langzeitarbeitslose.

Die Rentenreform der Kohl-Regierung ist wie alle ihre "Reformen" ein Reformabbau:

- ab 1992 orientieren sich die Rentenerhöhungen nicht an der Steigerung der Brutto- sondern an den Nettolöhnen.
- Der Beitragssatz für die Rentenversicherung soll bis zum Jahr 2000 auf 20,2% des Bruttolohns steigen.
- Die Lebensarbeitszeit wird verlängert von 60 bei Frauen und 63 bei Männern auf 65 Jahre für beide Geschlechter bis zum Jahre 2012.

Vorruhestandsregelung

Mit dem Ziel, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen, wurde ab 1.5.1984 eine sogenannte Vorruhestandsregelung eingeführt. Vorruheständler erhielten danach 65% (lt. Tarifvereinbarung in der Metallindustrie 70%) des Nettolohns.

Blüm hatte damals vorgerechnet, daß die 58- und 59-jährigen Arbeiter zur Hälfte vom Vorruhestand Gebrauch machen würden und die noch älteren zu 2/3. Das sollte 600.000 freie Arbeitsplätze bringen. In vielen Betrieben wurde der Vorruhestand ohne Zuschuß vom Arbeitsamt gemacht, damit Auflagen der Neueinstellung nicht erfüllt werden müssen.

Von 1984 bis 1987 konnten es sich nur 120.000 Arbeiter leisten von der Vorruhestandsregelung Gebrauch zu machen. 70.000 der freigewordenen Stellen wurden wieder besetzt. Die BfA hat 800 Millionen Mark dafür ausgegeben. 1988 beschloß die Bundesregierung, das Vorruhestandsgesetz nicht zu verlängern. Begründung: Kosten sparen.

5. Arbeit, Arbeitnehmerrechte

"Die 35-Stundenwoche ist dumm und töricht."

Kohl (1984)

- Nach Gewerkschaftsberechnungen schuf und sicherte allein die Einführung der 38,5-Stundenwoche im Metallbereich 80.000 bis 120.000 Arbeitsplätze. Durch die weitere Verkürzung auf 37 Stunden ab 1.4.89 konnten insgesamt 200.000 Arbeitsplätze seit 1984 erhalten und gesichert werden.

Trotz Aufschwung gibt es Massenarbeitslosigkeit. Mit statistischen Manipulationen wurde sie unter 2 Millionen gedrückt. Beispiel: Seit dem 1.1.1986 werden alle über 58-jährigen Arbeitslosen nicht mehr in der Statistik erfaßt, selbst wenn sie Arbeitslosenunterstützung erhalten. Damit wurden 76.000 aus der Statistik gestrichen. Die inoffizielle Arbeitslosigkeit beträgt für das Gebiet der BRD 3,5 Millionen.

Beschäftigtenentwicklung der BRD (in 1000)			
Jahr	Erwerbstätige	abhängig Beschäftigte	Arbeitslose
1980	26.874	23.635	766
1985	26.593	23.559	2.384
1987	27.157	24.141	2.229
1988	27.354	24.348	2.242
1989	27.729	24.713	2.038
1990*	27.960	-	2.013

* (März)

Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Mai 1990, S. 69* und Bundesministerium für Wirtschaft, Leistung in Zahlen 88.38 A., Bonn 1989, S. 10 f.

- 2 Millionen Beschäftigte arbeiten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung.

- 400.000 Kinder bis 15 Jahre leisten verbotene Arbeit.

“Wir wollen nicht die geballte Faust des Klassenkampfes, sondern die ausgestreckte Hand des Partners. Tausende von Unternehmern der Bundesrepublik stehen bereit, um gemeinsam mit ihnen ein blühendes Land aufzubauen.”

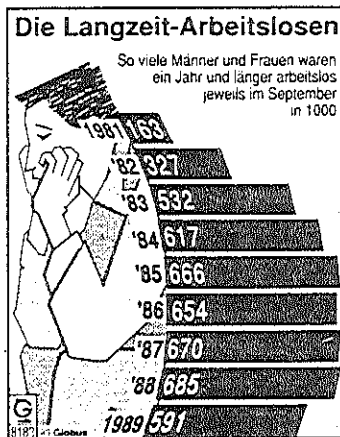
Kohl in der DDR (20.2.90)

- Stand der Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland Ende 9/90: 2,17 Mio., davon 444.800 im Gebiet der ehemaligen DDR.

- Dazu kommen 1,7 Mio. Kurzarbeiter in Ostdeutschland, von denen ein großer Teil später arbeitslos werden wird.

- 1983: Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes. Jugendliche müssen früher zur Arbeit erscheinen und länger arbeiten. Die tägliche Arbeitszeit kann statt acht auch achteinhalb bis neun Stunden betragen. Der mögliche Arbeitsbeginn wurde von sieben auf sechs Uhr, in Bäckereien auf vier Uhr vorverlegt. Die Schichtzeiten auf Bau- und Montagestellen sowie in der Landwirtschaft wurden von zehn auf elf Stunden verlängert, zugunsten der Unternehmer.

- 1986: Angriff auf das Streikrecht durch die Änderung des 116. Der geänderte 116 AFG macht die kalte Aussperrung noch verhängnisvoller. Denn den kalt Aussperrten wird das Kurzarbeitergeld aus der mit ihren Beiträgen gefüllten Arbeitslosenversicherung versagt. Verursacht aber wird die kalte Aussperrung durch die Unternehmer: Sie haben die Lager- und Lieferbeziehungen so eng geknüpft, daß schon nach wenigen Tagen Störungen eintreten können. Sie haben Gewinne daraus gezogen, aber die Risiken erhöht. Sie sind dafür verantwortlich, wenn wegen eines Streiks oder einer Aussperrung in einem Betrieb in einer anderen Firma “nichts mehr läuft”. Überdies können sie durch gezielte Aussperrung im Kampfgebiet den Arbeitskampf noch weiter auswei-



ten: indem sie anderen Firmen jenseits der Tarifgrenzen den Vorwand zum Produktionsstopp liefern.

- Änderung des Arbeitszeitgesetzes: Frauen dürfen auf Baustellen eingesetzt werden; kürzere Höchstarbeitszeiten für Frauen und längere Mindestruhepausen für Frauen wurden gestrichen; Nachtarbeitsverbot für Frauen wird reduziert auf Zeit zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr.

- 1985: Blüms “Beschäftigungsförderungsgesetz” - befristete Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten werden ermöglicht. Das Risiko der Weiterbeschäftigung trägt nun nicht mehr der Unternehmer, sondern der Beschäftigte. Die Einsatzurlaubnis von Leiharbeitern wird von 3 auf 6 Monate ausgedehnt. Arbeitszeitformen wie die Arbeit auf Abruf (KAPOVAZ = kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) und die Arbeitsplatzteilung (job-sharing) wurden durch gesetzliche Regelungen salonfähig gemacht. Der Kündigungsschutz für Beschäftigte in Kleinbetrieben, der ab sechs Beschäftigte gilt, wurde dadurch verschlechtert, daß bestimmte Teilzeitbeschäftigte bei der Feststellung der Beschäftigtenzahl nicht mehr mitgezählt werden.

- 1989 Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes tritt in Kraft: Sprecherausschüsse von leitenden Angestellten werden etabliert und bekommen Blockade-Rechte gegenüber den Betriebsräten.

- 1989: Einführung des “Zweitregisters” zur Beschäftigung ausländischer Seeleute auf deutschen Schiffen zu Billigtlöhnen.

- 1989: Einführung des “Dienstleistungsabends” (langer Donnerstag) im Einzelhandel zu Lasten der Beschäftigten.

6. Wohnungen

“Weniger Mieterschutz und höhere Mieten schaffen mehr neue Mietwohnungen.” Bauminister Oskar Schneider 1982 **“Die Wohnungssituation in der Bundesrepublik ist ausgezeichnet.”** 1988

- 1982 Mietrechtsänderung: Der gesetzliche Kündigungsschutz wird durchlöchert und Mieterhöhungen werden durch Staffelmieten erleichtert (im Mietvertrag ist festgelegt, daß im nächsten Jahr die Miete steigt). Mieterhöhungen dürfen 30% in 3 Jahren betragen. Zeitmietverträge werden zugelassen (keine Kündigungsfrist, bei jedem Mieterwechsel kann Miete erhöht werden).

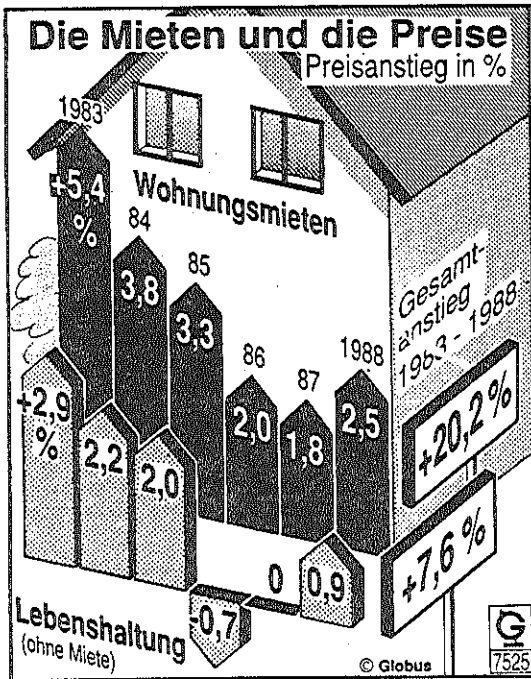
- 1986-88 wird die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund eingestellt. Zwischen 1983 und 1988 sind nahezu 80% der Finanzhilfen weggefallen.

- 1989: Gerichtsurteil über Eigenbedarfskündigung. (Der Vermieter braucht Eigenbedarf nun nicht mehr nachzuweisen) Seither sind Eigenbedarfskündigungen sprunghaft in die Höhe gegangen.

- 1990 wird im Rahmen der Steuerreform die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen aufgehoben. Damit fällt die Bindung an die Kostenmiete für 3,4 Mio. Wohnungen weg.

- Seit dem Stopp 1986 wurden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau wieder erhöht: 1988: 450 Mio. DM, 1989: 1,05 Mrd. DM, 1990: 2 Mrd. (von 1,25

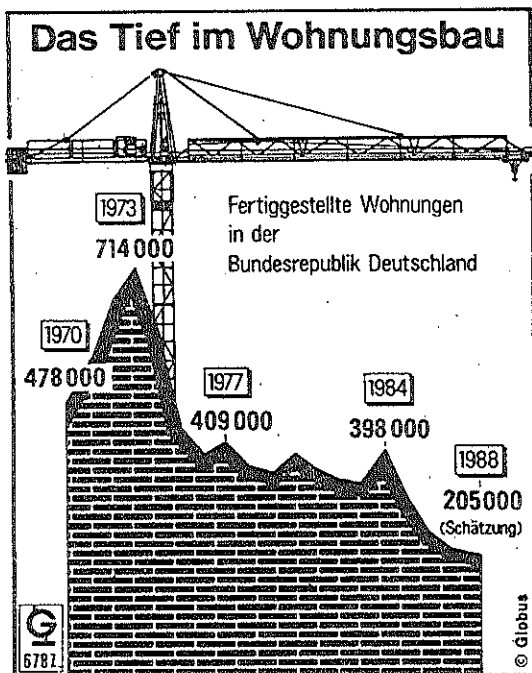




DEUTLICH STÄRKER als die Lebenshaltung haben sich seit 1983 die Mieten verteuert. Sie zogen um gut 20 Prozent an, während die Preissteigerung ohne Mieten nur 7,6 Prozent betrug. Grafik: Globus

auf 1,6 Mrd. DM nach Berlin-Wahl im Februar 1989 aufgestockt, weitere Aufstockung auf 2 Mrd. DM dieses Jahr). Die Bauminister der Länder haben im Frühjahr 1990 einhellig eine Aufstockung auf 3 Mrd. DM gefordert, die von der Bundesregierung abgelehnt wurde. Das sogenannte "Programm 90" der Bundesregierung ist ein Super-Steuer-Sparmodell für die Reichen. Nach der von der Koalition beschlossenen Abschreibungsregelung können innerhalb von 10 Jahren 85% abgesetzt und die Wohnungen danach verkauft werden, weil dann die Sozialbindung endet.

- Anstieg des Fehlbestandes auf bundesweit 1,5 bis 1,8 Millionen Wohnungen im Jahr 1990. Ca. 4 Mio. Menschen im Gebiet der BRD suchen eine Wohnung.



Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik geht rapide zurück. Seit 1984 - damals wurden noch 398 000 Wohnungen fertiggestellt - geht die Kurve nach unten. Das Ifo-Institut schätzt ein, daß 1988 nur noch 205 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Besonders stark ist der Rückgang bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Grafik: Globus

- Rund 600.000 Menschen sind völlig wohnungslos, davon 150.000 auf der Straße (Evangelische Obdachlosenhilfe in taz v. 15.6.90).

- 1988: Mit 208.000 errichteten Wohnungen wurde ein historischer Tiefstand für die BRD erreicht. Der Bedarf liegt bei 400.000 neuen Wohnungen jährlich (NRW Bauministerin Bruns in SZ v. 24.9.90).

- Für 1990 war der Bau von 400.000 neuen Wohnungen geplant. Es werden jedoch nur 270.000 bis 280.000 neue Wohnungen fertiggestellt (nach Schätzungen vom Verband Deutscher Makler in FR v. 11.10.90).

- Ca. 130.000 Mietwohnungen verschwinden jährlich durch Verwendung für andere Zwecke, Abriß oder Umwandlung in Eigentumswohnungen.

- Mieten explodieren: Die Mieten liegen jetzt durchweg bei mehr als 10 DM pro Quadratmeter bzw. bei mehr als 20 DM in Ballungsgebieten (nach Schätzungen vom Verband Deutscher Makler in FR v. 11.10.90). Damit sind die Mieten seit 1983 doppelt so stark gestiegen wie die übrigen Preise.

7. Umwelt/Verkehr

Die Kohl-Regierung hat das Amt eines Umweltministers eingeführt. Aber seit Wallmann und Töpfer gibt es weniger Umweltschutz denn je. Der Wirtschaftsaufschwung ging voll zu Lasten der Umwelt.

Als 1986 die Grenzwerte für radioaktive Verstrahlung überschritten wurden, verfügte Wallmann, daß "Kontaminationen durch den Reaktorunfall in Tschernobyl nicht dem Atomgesetz und der Strahlenschutzverordnung unterliegen". Trotz Tschernobyl ging es nach 1986 mit dem Ausbau der Atomenergie weiter. 2,6 Mrd. DM wurden von der Bundesregierung mit der WAA in Wackersdorf in den Sand gesetzt.

Anstatt Müll zu vermeiden, will die Kohl-Regierung verstärkt Müll verbrennen und dadurch die Luftschadstoffbelastung weiter erhöhen. Bis 1994 sollen 10 neue Verbrennungsanlagen gebaut werden. Töpfer hat sogar erlaubt, daß in normalen Kraftwerken und Industriöfen Müll verbrannt wird. Die Verklappung von Giftmüll in der Nordsee ist zwar verboten, die Verbrennung bleibt aber bis 1995 erlaubt.

Der Rekordstau von 110 km Länge auf der Nord-Süd-Autobahn im Sommer 1990 sagt alles über die Verkehrspolitik der Kohl-Regierung. Es droht der völlig Verkehrsinfarkt auf den Straßen. Der Individualverkehr hat weiter absoluten Vorrang.

Verkehrstote

Fast zwei Millionen Verkehrsunfälle wurden 1989 in der Bundesrepublik gezählt. Dabei starben 7991 Menschen, 450 000 wurden verletzt. Der volkswirtschaftliche Schaden summierte sich auf rund 50 Milliarden DM.

Ausstoß von Kohlenmonoxid in der BRD

Jahr	Verkehr ¹⁾ (1000 t)	Gesamt (1000 t)
1966	6350	12 300
1970	8400	14 000
1974	9150	13 700
1978	9400	12 900
1982	7050	10 100
1986	6300	8 900
1995 ²⁾	2100	4 300

1) Nur Straßenverkehr;
2) Prognose; Quelle: 4. Bundesimmissionschutzbericht (1988)

Dabei ist der Autoverkehr nicht nur gefährlich, flächenfressend und laut, sondern er ist auch Dreckschleuder Nr. 1 der Nation. Aus über 30 Millionen Fahrzeugen strömten 1990 55% der Stickoxide (1,6 Mio. Tonnen).

Im Sommer 1985 verzichtete die Bundesregierung auf die Einführung der seit 10 Jahren in den USA geltenden Abgasgrenzwerte für PKWs. Erst ab 1991 dürfen nur noch Autos mit bestmöglicher Abgasentgiftung neu in den Verkehr kommen.

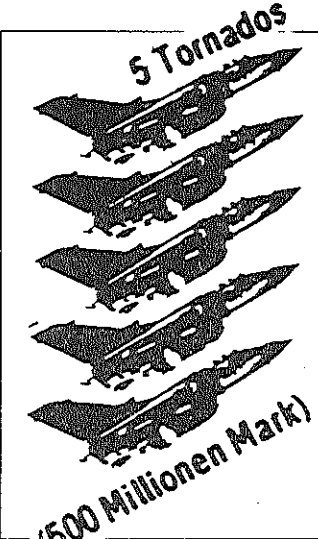
Durch ein Selbstbeschränkungsabkommen mit der Industrie sollte die Verwendung von ozonschädlichen Treibgasen in Spraydosen von 1986 bis 1987 von 26.000 Tonnen auf 5000 Tonnen reduziert werden. Insgesamt wurde aber seit 1986 laufend mehr FCKW produziert und verbraucht. Der Rückgang bei Spraydosen wurde bei weitem übertroffen von Steigerungen bei Kühlmitteln, Treibmitteln, Reinigungs- und Lösungsmitteln. Von einem Verbot will Töpfer nichts wissen.

8. Rüstung/Außenpolitik

“Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.”

Kohl (1983)

- Der Rüstungsetat liegt bei 54 Mrd. DM jährlich (1982: 44,06 Mrd. DM).
- Bis zu 100 Mrd. DM werden immer noch für den Jäger 90 eingeplant.
- 15 Mrd. DM sollen für den deutsch-französischen Kampfhubschrauber “PAH2” ausgegeben werden, wahrscheinlich werden es eher 50 Mrd. sein.



Dafür könnte man anschaffen:

- 30 Kindertagesstätten
- + 20 Horte
- + 30 Altenpflegezentren
- + 10 Freizeitheime
- + 2 Berufsbildungszentren
- + 2000 Sozialwohnungen

Durch diese Investitionen würden 12.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

- 1982 Aufhebung der Sperre der Türkei-Hilfe und Freigabe von 400 Mio.-Kredit an das NATO-Folter-Land. Dafür werden 40 Mio. DM bereits bewilligte Entwicklungshilfegelder für Nicaragua eingefroren.
- Waffenexporte: Von 1982-88 wurden für 625 Mio. DM Waffen an den Irak geliefert.
- Skandale:
 - Wahrscheinlich mit Wissen, zumindest Duldung staatlicher Stellen (BND) wurden Anlagen zur Giftgasherstellung an den Irak geliefert.
 - Die Lieferung von U-Boot-Bauplänen an Südafrika weitet sich zum größten Skandal der Nachkriegsgeschichte aus. Mitglieder der Bundesregierung wußten wahrscheinlich Bescheid.
 - 3,3 Mrd. gibt Kohl für die US-Intervention im Golf.
 - Ab 1.1.1984 wurde der Zivildienst auf 20 Monate verlängert.
 - Ab 1.1.1989 wurde die Dauer des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate, die Dauer des Zivildienstes von 20 auf 24 Monate verlängert. 1990 wurde die Verkürzung auf 12 bzw. 15 Monate wirksam.

9. Demokratische Rechte

- 1988 legt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des 218 (Beratungsgesetz) vor, der jedoch wegen der ablehnenden Haltung der FDP nicht verabschiedet wird.
- 1986: Einführung der Schleppnetzfahndung.
- 1986: Gesetz zum maschinenlesbaren Personalausweis.
- 1987 wird die Volkszählung trotz massiver Proteste durchgeführt.
- Im Mai 1988 wird unter dem damaligen Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) eine Reihe neuer Sicherheitsgesetze verabschiedet (u.a. Vernummungsverbot bei Demos, Kronzeugenregelung).
- 1990: Neues Ausländergesetz wird verabschiedet. Der Familiennachzug wird erschwert, die Ausweisungsregelung verschärft.
- Änderung 116 AFG (siehe Abschnitt Arbeit).
- 1988: Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Betriebsräte erhalten kein Mitbestimmungsrecht bei technologischen Erneuerungen. Leitende Angestellte erhalten Sprecherausschüsse und können Betriebsrat blockieren.

10. Öffentlicher Dienst

“Die Belastbarkeit des öffentlichen Dienstes ist erreicht.” (Zimmermann 1984) Eine Woche später: **“Die Durststrecke ist noch nicht zu Ende.”**

Milliardenbeträge wurden den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weggenommen, um die Defizite in den öffentlichen Haushalten zu stoppen:

- Zeitliche Verschiebungen von Lohn- und Gehaltserhöhungen;
- Kürzung der Eingangsbesoldung für Berufsanfänger;
- Kürzung der Beamtenanwärterbezüge;
- Kappung der Versorgungspauschale für Beamte;
- Wegfall von Sozialleistungen;
- Arbeitszeitbetrug.

Rationalisierung und verstärkter Arbeitsdruck kennzeichnen die Lage im öffentlichen Dienst:

- Die Bundesbahn hat seit 1979 über 100.000 Arbeitsplätze abgebaut.

- Trotz enormer Zunahme der Verkehrsmengen in allen Postdiensten gab es kaum eine Zunahme der Stellen. Tausende von Stellen sind wegen schlechter Bezahlung nicht besetzt. Folge: 14 Mio. Überstunden bei den Postbeschäftigten im Jahr 1988.
- Der Personalnotstand in den Krankenhäusern bedeutet für die 330.000 Pflegekräfte 90 Mio. Überstunden im Jahr.

Schwatz von Frau Minister

„Die stehen dann in der Küche und schwatzen.“ So erklärte Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr, warum mehr Pflegepersonal nicht gut sei für Krankenhauspatienten. Eine Nachfrage des „Gewerkschafter“ bei der Pressestelle des Lehr-Ministeriums ergab folgenden Dialog:

Frau Lehr bezog sich bei ihrer inzwischen zurückgenommenen Äußerung auf eine „Untersuchung“. Welche meinte die Ministerin?

Das wissen wir nicht.
Läßt sich das nicht ermitteln?
Das haben wir schon.
Mit welchem Ergebnis?
Es gibt sie nicht.
Es gibt keine entsprechende Studie?
Nein, diese Studie gibt es nicht.

Privatisierungen in allen Bereichen führen dazu, daß sich Privatunternehmer auf Kosten des Staates bereichern.

Postreform: Zerschlagung der Post 1989 in drei Bereiche. Folge: Höherer Arbeitsdruck für die Beschäftigten, Serviceverschlechterungen und Gebührenerhöhungen für die kleinen Postkunden.

11. Skandale

Parteispenden-Affäre

CDU und FDP erhielten zwischen 1969 und 1980 235 Millionen Spenden von der Großindustrie (SPD: 2,3 Mio). Spender: Daimler, Porsche, Bosch, Karstadt, Kaufhof, Otto-Versand, Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Siemens ...

Die Parteien haben dadurch gegen 21 des Grundgesetzes und 25 des Parteiengesetzes verstoßen. Die Firmen haben Steuerhinterziehung begangen nach geltendem Recht.

Einer der größten Partei-Spender in den 70er Jahren war Flick. Er "spendete" an CDU/CSU 15 Mio. DM, an FDP 6,5 Mio. und an SPD 4,3 Mio. DM. Kohl erklärte im November 1984 vor dem Flick-Untersuchungsausschuß, daß sich alle herkömmlichen Parteien in der Vergangenheit "bewußter Gesetzesverstöße" schuldig gemacht hätten im Zusammenhang mit Parteispenden. Durch Änderung des Einkommens- und Körperschaftssteuergesetzes wurde im Mai 1984 für alle Personen und Firmen, die den Bundesparteien in den letzten Jahren Geld gespendet und diese steuerlich abgesetzt hatten, eine Amnestie beschlossen. Davon sind 1400-1500 Personen in der Wirtschaft betroffen.

Airbus-Skandal

Das Airbus-Zukunftsprojekt, das von Politikern und Industriellen als Symbol des technologischen Aufbruchs gefeiert wurde, war Ende 1986 so gut wie pleite. Die CDU/CSU/FDP-Regierung beschloß Ende 1988 (nach Subventionen von 10,7 Mrd. DM) eine schrittweise Privatisierung ihres Anteils. Daimler Benz stieg bei MBB (Mutterfirma des Airbus-Projekts) ein, machte aber eine staatliche Verlustübernahme von weiteren 4,3 Mrd. DM bis zum Jahr 2000 zur Bedingung.

Rüstungsskandale

Siehe auch Abschnitt Rüstung/Bundeswehr.

Cerberus-Skandal: Bundesnachrichtendienst und Verteidigungsministerium haben am Parlament vorbei einen milliardenschweren Stör- und Täuschender "Cerberus" für das Kampfflugzeug "Tornado" beschafft. SPD-Abgeordnete bezeichneten den Skandal als "größten Rüstungsskandal in der Geschichte". Der Skandal wurde im Juli 1990 bekannt. Leider verzichtete die SPD darauf, sofort eine schonungslose Aufklärung zu verlangen.

Flugbenzin-Skandal

Im Rahmen der Steuerreform wurde 1988 der Wegfall der Flugbenzinsteuer für Hobbypiloten geplant. In namentlicher Abstimmung stimmten die Abgeordneten der Regierungsfractionen trotz heftiger öffentlicher Proteste zu. Kurze Zeit später handelte Kohl dem Hobbypiloten Strauß gegen einen öffentlich nicht genannten Preis einen Verzicht auf die umstrittene Steuerbefreiung ab.

Waigel: Lohnstopp im öffentlichen Dienst?

In einem vertraulichen Rundschreiben an alle Bonner Ressortchefs fordert Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) drastische Einsparungen im Personalhaushalt. In dem Waigel-Ukas (BUNTE liegt das Dokument vor) heißt es: „Für die Jahre 1991 ff. sind Besoldungs- und Tarifverbesserungen nicht einzurechnen. Hebungen von Planstellen sind nicht vorzusehen. Zusätzlich sind alle Rationalisierungsmöglichkeiten zur Einsparung von Personal zu nutzen.“ Die Kosten für die Einheit, so der Bonner Kassenwart, machen es „erforderlich, die Ressortanforderungen auf das unabdingbar Notwendige zu beschränken“. Betroffen: rund 1 Mio. Beamte, Arbeiter, Angestellte.

Diäten der Bundestagsabgeordneten

	1.7.83	1.6.90
Diäten	7820,-	9664,-
Kostenpauschale	4700,-	5443,-
Zusammen	12520,-	15107,-

Lambsdorff, Wirtschaftsminister bis Juli 1984

Rücktritt im Juli 1984. Im November 1984 gab Lambsdorff vor dem Flick-Untersuchungsausschuß auf unnachgiebiges Befragen zu, daß die Spenden-Praxis früherer Jahre gegen Grund- und Steuergesetz verstoßen haben. Für Prozeß- und Anwaltskosten erhielt Lambsdorff 85.369,- DM aus Steuergeldern. Davon stammen 40.000,- aus dem Etat für "Fürsorgemaßnahmen" des Bundeswirtschaftsministeriums. 45.369,- stammen aus sogenannten "Personal-Verstärkungsmitteln".

Lambsdorff erhielt 165.000,- DM von Flick, von denen er angeblich nichts wußte. Am 23.7.1986 wurde er von der 7. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts von der Anklage der Bestechlichkeit freigesprochen. Das Gericht war zu dem Schluß gekommen, daß die Barzahlungen des Flick-Konzerns an Lambsdorff und Friedrichs nichts mit der Tätigkeit der beiden FDP-Politiker als Bundeswirtschaftsminister zu tun hätten.

Schwarz-Schilling, Bundespostminister

1985 wurden in der Umgebung der Sonnenschein-Fabrik pro Kilogramm Trockenerde 54 Gramm Blei gefunden. Das ist das 500fache des zulässigen Wertes für landwirtschaftlich genutzte Böden. In der Umgebung befanden sich Kinderspielplätze. Schwarz-Schilling war in der Firma seiner Familie 25 Jahre (bis Ende 1982) Geschäftsführer.

Bundespost und Bundeswehr sind die besten Kunden von Sonnenschein. Das Auftragsvolumen wurde von der Bundesregierung verschwiegen, weil es angeblich "Rechte der Firmeninhaber" verletze. Nach Informationen der Grünen gab es bei der Post Anweisungen, nur noch Sonnenschein-Batterien zu benutzen. Außerdem habe der Bundespostminister bei Zimmermann eine Erhöhung der Bleigrenzwerte für Industriebetriebe beantragt. Anfragen beim Bundeswirtschaftsministerium über die Richtigkeit der Angaben wurden nicht beantwortet, weil sie "grundrechtliche Positionen der Firma verletzen".

Von 1977 bis 1983 erhielt die Fa. Sonnenschein 2.463.000,- DM Subventionen aus Bundesforschungs- und Bundeswirtschaftsministerium. Unter Umgehung des Gewerberechts und dem Bundesimmismissionsschutzgesetz von 1974 betrieb Sonnenschein drei für die Produktion wesentliche Anlagen, die genehmigungspflichtig sind, ohne Genehmigung.

Peter Boenisch, Ex-Regierungssprecher

"Jeder darf Krach mit dem Finanzamt haben, nicht aber ein Regierungssprecher." Zitat Peter Boenisch bei seinem Amtsantritt 1983. Zwei Jahre später mußte er wegen Steuerhinterziehung zurücktreten. Boenisch hatte Einkünfte aus seiner Beratertätigkeit von 1973 bis 1981 für Daimler Benz nicht versteuert. Mit Rücksicht auf das Steuergeheimnis gab die Staatsanwaltschaft die Höhe der Nebeneinkünfte nicht bekannt. Die Geldstrafe: 1.080.000,- DM. Die Schwarzarbeit von Boenisch kam per Zufall an die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Parteispenderermittlungen der Staatsanwaltschaft Baden-Württemberg. Kohl würdigte Boenisch bei seinem Abgang für seine "großartige Arbeit" und seine "noble Haltung".

SPD wählen. Aber wählen reicht nicht. SPD braucht sozialistisches Programm

Kaum hatte Lafontaine sein Regierungsprogramm veröffentlicht, kam es zu heftigen Reaktionen aus den Reihen der Bonner Regierungsparteien. Sie warfen der SPD vor, ihr Programm sei gegen die "kleinen Leute". Für Kanzleramtschef Seiters war das SPD-Programm Beweis dafür, daß die SPD "Steuererhöhungspartei" sei und bleibe.

Einige Wochen später verkündeten die gleichen CDU-Politiker kleinlaut, daß Steuererhöhungen als letztes Mittel nicht auszuschließen seien. Einzig und allein wahlkampfaktische Überlegungen halten CSU/CDU/FDP davon ab, den Wählern vor dem 2. Dezember reinen Wein einzuschenken.

Lafontaine wirft der CDU zurecht vor, unehrlich zu sein. Aber heißt das, daß einer SPD-Regierung auch nichts anderes übrig bliebe, als die Kosten der deutschen Einheit auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen? Leider sind die Regierungsprogramm-Macher dieser Ansicht: "Für die nächsten Jahre wird die westdeutsche Bevölkerung einen spürbaren Solidaritätsbeitrag zu leisten haben. Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind dazu bereit. Wer die Teilung überwinden will, muß teilen, aber für uns Sozialdemokraten geht es um sozial gerechtes Teilen."

Erstens belegen die Umfragen, daß 51% der Bundesbürger gegen Steuererhöhungen sind (ZDF-Politbarometer, SZ 18.9.90). Zweitens stellt sich die Frage, ob die von Lafontaine vorgeschlagenen Maßnahmen sozial gerecht sind. Und drittens muß bestritten werden, daß sozialdemokratische Politik eine Politik des Gürtel-enger-schnallens sein muß.

Reformen

Eine Reihe der im SPD-Programm vorgeschlagenen Reformen wären zweifelsohne ein Fortschritt: erhöhter Steuergrund- und Sparfreibetrag, Wiedereinführung des Weihnachtsfreibetrages, Wohnungsbauprogramm, Verbesserung der Mieterrechte, einheitliches Kindergeld von 200 DM pro Kind, Ausbau von Kinderbetreuung, bezahlter Sonderurlaub für Eltern bei Erkrankung ihrer Kinder, strafreier Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten, soziale Grundsicherung bei Alter und Invalidität, Gesundheitsreform, Reduzierung des Rüstungshaushalts um neun Mrd. DM und Halbierung auf "mittlere Sicht", Verbot von FCKW, Tempolimit, Katalysatorpflicht, Gütertransport auf die Schiene, Ausbau der Bundesbahn, kommunales Ausländerwahlrecht. Diese Reformen sind aber höchst bescheiden und hinken weit hinter dem Diskussionsstand der Partei her.

Beispiel Nr. 1: Auf dem Nürnberger Parteitag 1987 hat die SPD den Ausstieg aus der Atomenergie binnen zehn Jahren beschlossen. Viele SPD-Gliederungen war dieser Zeitplan noch zu lang. Im Regierungsprogramm heißt es jetzt: "Die weitere Nutzung der Kernenergie ist auf Dauer nicht mehr zu verantworten." Was heißt hier auf Dauer? Sie ist überhaupt nicht zu verantworten! Gefordert wird der "schnelle Ausstieg". Was die SPD-Spitze unter schnell versteht, bleibt offen.

Beispiel Nr. 2: Von der lang und breit diskutierten sozialen Grundsicherung ist im Programm Fortschritt 90 nicht viel übrig geblieben. Ursprünglich sollte sie Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Pflegepersonen, Alleinerziehenden, Rentnern und Studenten unbürokratisch ein bestimmtes Mindesteinkommen sichern. Das Regierungsprogramm verspricht eine soziale Grundsicherung erst in der zweiten Hälfte der Amtsperiode, und selbst dann soll sie nur für

Rentner und Invaliden gelten. Sie ist damit nichts anderes als ein gewisser Ausgleich für den faulen Rentenkompromiß, den die SPD-Bundestagsfraktion gegen den Willen der Basis mit der Kohl-Regierung eingegangen ist. Pflegebedürftige Menschen sollen aus einer neu zu schaffenden Pflegeversicherung 300-600 DM erhalten. Für Pflegepersonen werden nur Rentenversicherungsbeiträge bezahlt und für den Urlaub die Kosten einer bezahlten Ersatzkraft übernommen.

"Eine soziale Grundsicherung auch bei Arbeitslosigkeit und die Verbesserung des Leistungsniveaus wird erst möglich, wenn die Finanzierbarkeit gegeben ist." Mit dieser Anpassung an kapitalistische Sachzwänge kann die Parteibasis nicht einverstanden sein.

Beispiel Nr. 3: Die Senkung des Rüstungshaushalts um 9 Milliarden DM ist äußerst bescheiden, wenn man bedenkt, daß er dann immer noch höher sein wird, als unter der sozialliberalen Koalition 1982 (Rüstungshaushalt 1982: 44,3 Mrd., 1990: 53,7 Mrd.).

Beispiel Nr. 4: Viele soziale Standards für Frauen, die es bisher in der DDR gab, gehören seit Jahren zu den Reformforderungen in der SPD. Gerade in diesem Punkt hätte die SPD deutlich machen müssen, daß die deutsche Einheit auf dem jeweils höchsten Standard erfolgen muß. Die Absicherung der DDR-Standards und Übernahme für ganz Deutschland wäre das Mindeste, was von einer SPD-Regierung zu erwarten ist. Außer der Fristenlösung, einem Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung und einem bezahlten Sonderurlaub für Eltern erkrankter Kinder wird nichts konkret versprochen was Geld kostet. Bezahlter Elternurlaub, garantierter Krippenplatz werden nur "langfristig angestrebt".

Die angekündigten Reformen sind weit davon entfernt, die unter der Kohl-Regierung betriebene Umverteilung rückgängig zu machen. Sie beseitigen weder Massenarbeitslosigkeit noch soziales Elend. Sie sind völlig unzureichend, um die Zerstörung der Umwelt aufzuhalten, geschweige denn die Umwelt zu sanieren.

Umverteilung

Trotz Aufschwung ist die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung größer geworden. Die abhängig Beschäftigten, die 83% der Bevölkerung ausmachen, verfügen nur über 58% des Volkseinkommens. Die Lohnquote hat einen historischen Tiefstand erreicht. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich in den zehn Jahren von 1979 bis 1989 verdoppelt. Die Unternehmerrgewinne der Industriebetriebe hatten sich von 1981 bis 1989 sage und schreibe auf 465 Milliarden verdoppelt. Gemessen an der Einwohnerzahl hat die BRD mehr Milliardäre als USA und Japan. 82 bundesdeutsche Milliardäre besitzen ein Vermögen von 195,5 Mrd. DM.

Diejenigen, die den ganzen gesellschaftlichen Reichtum produziert haben, haben am wenigsten davon gehabt. Diese Tatsache mußte 1990 Ausgangspunkt jeder sozialdemokratischen Politik sein. "Fortschritt 90" umgeht diese Tatsache. Es soll zwar ein bißchen gerechter zugehen unter einer sozialdemokratischen Regierung. Aber den Unternehmern soll es auch in Zukunft gut gehen: "War die Bundesrepublik bisher schon ein hervorragender Unternehmensstandort, so wird das vereinigte Deutschland an Attraktivität noch gewinnen. Wir werden dafür sorgen, daß Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt. Die Wettbewerbsnachteile kleiner und mittlerer Unternehmen wollen wir abbauen und die wirtschaftliche Selbständigkeit z.B. durch die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage fördern."

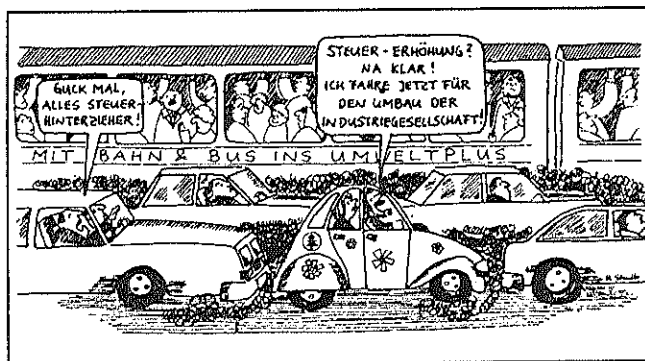
Außerdem sollen Investitionen steuerlich begünstigt werden. Die Steuerentlastungspläne der Kohl-Regierung werden zwar abgelehnt, dafür eine "aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform" angekündigt. Im Klartext heißt das, daß die Steuererleichterungen der letzten Jahre nicht zurückgenommen werden.

Obwohl Bodenspekulation von der SPD seit Jahren als Hauptgrund für die hohen Mieten angesehen wird, soll Grund und Boden in der DDR dem Markt und das heißt der Spekulation überlassen werden. Für Enteignungen nach 1949 soll es Entschädigungen geben, unabhängig vom heutigen Reichtum ehemaliger Eigentümer.

Ökosteuer

Zentraler Programmpunkt des SPD-Programms ist die sogenannte Ökosteuer. Durch diese indirekte Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Ölprodukte will eine künftige SPD-Regierung 30 Milliarden DM abkassieren. Weitere 4,5 Mrd. Mehrwertsteuer, die automatisch durch die Ökosteuer anfallen, hat der Verbraucher an den Fiskus zu zahlen. Die Ökosteuer soll für höhere Grundfreibeträge bei der Steuer, staatlichen Zuschüssen für Energiesparinvestitionen bei Gebäuden und steuerliche Förderung von Umweltschutzinvestitionen der Unternehmer verwendet werden.

Die Marktkräfte - sprich hohe Preise - für den Umweltschutz nutzen, das ist die Idee, die hinter der Ökosteuer steckt. Energie soll so teuer werden, daß die Verbraucher gezwungen sind, an ihr zu sparen. Wer sich da einschränken muß, ist in einer Klassengesell-



schaft klar: die Arbeiterklasse. Den Arbeitnehmerhaushalt trifft die Benzin- und Heizölverteuerung stärker als die Reichen. Die Reichen dürfen weiter Energie verschwenden und die Umwelt verschmutzen, schließlich können sie es sich ja leisten.

Daß die vielbeschworenen Marktkräfte untauglich sind, um die Umwelt zu schützen, gesteht das Regierungsprogramm indirekt selbst ein. Die Unternehmer müssen erst Geld von Staat erhalten, damit sie Umweltinvestitionen tätigen. Ein beachtlicher Teil der Umweltinvestitionen soll direkt vom Staat getätigt werden. Marktwirtschaftlich daran ist, daß sich der Staat das Geld nicht von den Unternehmern holt, die in Geld schwimmen, sondern die Ärmsten der Gesellschaft schröpft. Nach der Ölpreisverteuerung der letzten Wochen ist eine weitere Spritpreiserhöhung für die Masse der Bevölkerung unannehmbar. Nicht nur die Benzinpreise werden steigen.

Mit August Bebel gegen Ökosteuer

Aufruf der SPD-Fraktion zur ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz 1881

„...Der Mensch muß leben, und die Männer der indirekten Steuern sorgen dafür, daß alles, was der Mensch braucht und was seiner Natur nach besteuert werden kann, auch wirklich besteuert wird. ... Wer Brot haben und Salz darauf streuen will, muß erst Steuern bezahlen: im Preise des Brotes und des Salzes. Will er nicht – je nun, da muß er verhungern.

Das sind auch keine ernstlichen Gründe: damit soll dem Volke bloß Sand in die Augen gestreut werden. Die Männer der indirekten Steuern wissen recht genau, daß ihr ‚System‘ die Vorteile nicht besitzt, welche sie ihm nachsagen: daß die indirekten Steuern nicht bloß ungerechter verteilt sind, sondern auch weit schwerer auf dem Volke lasten als die direkten Steuern. ...

Von dem Importeur oder Produzenten geht die verteuerte Ware an den Großhändler, der ebenfalls seinen Steuerprofit darauf schlägt, dann an den Kleinhändler, der die Prozedur wiederholt, und die Folge ist, daß das Publikum weit mehr Steuern zu zahlen hat, als in die Taschen des Staates kommen.

Das ist ein Grundfehler. Der zweite Grundfehler ist, daß die indirekte Steuer auf die Vermögensverhältnisse des steuerzahlenden Konsumenten keine Rücksicht nimmt; der Millionär hat für sein Brot und Salz genau ebensoviel zu zahlen wie der Arme. Nun konsumieren zwar die Reichen mehr als die Armen, allein von den eigentlichen Lebensmitteln, die vorwiegend besteuert sind (weil die „Masse es machen muß“ und von Luxussteuern, die nur wenige zahlen, ein geringer Ertrag kommt), können sie nicht nennenswert mehr konsumieren als der Arme, und was sie sonst an Luxusgegenständen verbrauchen, das ist freier Wille, Privatvergnügen – und bringt dem Staat herzlich wenig – nicht annähernd, was der Reiche, bei gerechter Vertei-

lung der Steuern, zu zahlen verpflichtet wäre. Und das ist der Grund, warum die reicheren Klassen eine solche Vorliebe für die indirekten Steuern haben: vermittels derselben können sie die Steuerlast größtenteils von sich ab- und auf die Schultern des Volkes wälzen.

Die indirekte Steuer hat hiernach den doppelten Nachteil, daß sie, durch Steigerung der Preise der besteuerten Ware über den Steuerbetrag hinaus, die Steuerlast vermehrt und diese vermehrte Steuerlast, zum Vorteil der Reichen, hauptsächlich den Armen aufhalst.

Und noch eins. Bei der direkten Steuer weiß das Volk, was es zu bezahlen hat; der Steuerzettel sagt es ihm. Und wenn man bezahlt, will man für sein Geld auch etwas haben. Die direkte Staatssteuer zwingt den Staatsbürger zum Nachdenken darüber, was ihm der Staat für die Steuer leistet. Und Regierungen, welche die Kritik zu scheuen haben, muß das unangenehm sein. Bei der indirekten Steuer merkt das Volk nicht, was es bezahlt und weiß es leider meistens auch nicht. Und was ich nicht weiß, macht mir nicht heiß. Man hat die direkte Steuer mit einem Straßenräuber verglichen, der dem Bürger den Steuerzettel als Pistole auf die Brust setzt: Geld oder der Exekutor! In gewisser Beziehung trifft das ja zu. Aber wenn die direkte Steuer ein ehrlicher Straßenräuber ist, dann ist die indirekte Steuer ein Taschendieb, der dem Volke das Geld heimlich aus der Tasche nimmt.

Wie dem sei: das ganze moderne Besteuerungswesen trägt das Gepräge der Klassenherrschaft und ist zum Vorteil der herrschenden Klassen eingerichtet. Die einzig gerechte Steuer ist die progressive Einkommenssteuer (für Staat und Gemeinde), welche die Sozialdemokratie fordert.“

Die Ökosteuer wird die Preise insgesamt in die Höhe treiben, denn die Unternehmer werden ökosteuerbedingte höhere Produktionskosten getreu den Gesetzen der Marktwirtschaft auf die Verbraucher abwälzen.

“Wer Energie verschwendet, soll dafür bezahlen; wer Energie spart, soll belohnt werden.” So steht es im SPD-Programm. Als ob die Masse der Autofahrer für das energieverwuchernde und umweltzerstörende Verkehrssystem verantwortlich ist. Wo bleiben denn die gut ausgebauten und billigen öffentlichen Verkehrsmittel? Selbst “Fortschritt 90” betont nicht die absolute Priorität des öffentlichen Verkehrssystems.

Warum sollen Mieter durch höhere Heizrechnungen für schlechte Häuserisolierung und ineffiziente Heizsysteme verantwortlich gemacht werden?

Die Ökosteuer der SPD verhält sich zur Steuerpolitik der CDU wie das Verhalten von Öko-Waschmittelherstellern zu traditionellen Waschmittelherstellern: Hauptsache, man zieht der Bevölkerung das Geld aus der Tasche. Angesichts des gestiegenen Umweltbewußtseins geht es eben besser, wenn ein Waschmittel einen blauen Engel, oder eine Steuer das Vorwort “Öko” erhält. Es bleiben Mogelpackungen.

Umweltabgaben

Über die Ökosteuer hinaus will die SPD zusätzlich Umweltabgaben einführen. Die Abwasserabgabe soll erhöht werden, sprich die Mietnebenkosten werden steigen. Auf Einweggetränkpackungen soll eine Abgabe erhoben werden. Der Handel wird die Abgabe an den Konsumenten weitergeben. Lediglich die Luftschadstoffabgabe und die Abgabe auf Sondermüll wird die Unternehmer treffen. Unternehmen mit Monopolstellungen, wie die Energiekonzerne, werden diese Abgaben über höhere Preise abwälzen. Für nukleare Unfälle wird eine höhere Risikoabdeckung der Atomstromproduzenten gefordert. Und das Programm fügt ausdrücklich hinzu, daß “diese Kosten der Kernenergie in die Preiskalkulation eingehen müssen”. D.h. Strompreiserhöhungen. Wer in seiner Wohnung eine Stromspeicherheizung hat, wird besonders hart getroffen.

Soziale Gerechtigkeit

Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, ist hauptsächlich davon die Rede, wie innerhalb der arbeitenden Bevölkerung umgeschichtet werden kann. Die Forderung nach einer Ergänzungsabgabe für Höherverdienende spaltet die Arbeitnehmerschaft und lenkt von den wirklichen Reichen ab, wenn ein Jahreseinkommen von 60.000 DM für Ledige und 120.000 für Verheiratete (einschl. 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Überstundengelder, Schichtzulagen und allen Gratifikationen) schon mit einer Ergänzungsabgabe belegt werden soll. Otto Schlecht, der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hat berechnen lassen, daß 10% Abgabe ab 60.000 DM bzw. 120.000 DM zu versteuerndes Einkommen 10 Mrd. DM brächte. Um 20 Mrd. reinzuholen, müßten bereits Einkommen von 28.000/56.000 DM, d.h. die Masse der Arbeiter, zusätzlich besteuert werden.

Solche Versuche, den Mangel zu verwalten, anstatt ihn abzuschaffen, führen zur Spaltung der Arbeitnehmerschaft. Das gilt nicht nur für die Ergänzungsabgabe. Die Forderung nach Quotierung für Frauen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen verschärft den Konkurrenzkampf zwischen den Geschlechtern. Richtig wäre, einen garantierten Arbeitsplatz für alle zu fordern und Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung und öffentliche Beschäftigungsprogramme abzubauen.

Die Einschränkung des Ehegattensplitting spielt Ehen ohne Kinder gegen Familien aus. Die lachenden Dritten sind in jedem Fall die Unternehmer. Eine Spaltung der arbeitenden Bevölkerung entlang

verschiedener Linien bietet für sie den Vorteil, daß die Aufmerksamkeit von ihren Superprofiten abgelenkt wird und daß sie die Spaltung für ihre Profitinteressen nutzen können.

Öffentlicher Dienst

Die Pläne der SPD-Führung für den öffentlichen Dienst treiben die Spaltung auf die Spitze und müssen deshalb nicht nur von den betroffenen Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, sondern von allen Gewerkschaften und der SPD-Mitgliedschaft abgelehnt werden. Gerade die Masse der Beamten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehören zu den Verlierern des Aufschwungs. Die Schere im Lohnniveau zur Privatindustrie ist weiter auseinandergegangen. Fast in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes hat es einen massiven Personalabbau gegeben. Die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurde um die tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung betrogen. In den Krankenhäusern, Kindergärten, bei Bahn, Post und in vielen anderen Bereichen ist die Bezahlung im Verhältnis zur Leistung absolut miserabel. Den einzigen Vorteil, den die Beamten noch haben, ist ein sicherer Arbeitsplatz. Dafür bezahlen sie im einfachen und mittleren Dienst mit Lohnverzicht.

Anstatt als Tarifpartner eine massive Erhöhung der Löhne, Gehälter und Bezüge, die 35-Stunden-Woche und Beamten das Streikrecht zu gewähren, will eine künftige SPD-Regierung angebliche Privilegien abbauen: “Bei allem Respekt vor ‚Besitzstandswahrung‘ und den ‚hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums‘ - gerade die deutsche Einheit bietet die Chance zur Modernisierung und zu mehr Effizienz auch im staatlichen Bereich.” (Zitat SPD-Regierungsprogramm) Der SPD-Haushaltsexperte Rudi Walther hat inzwischen in einem Interview mit “Bild am Sonntag” konkretisiert, wie sich die SPD-Führung diese Modernisierung vorstellt. Die Zahl der Beamten im geeinten Deutschland soll halbiert werden. Lehrer, Postboten, Eisenbahner und Ministerialbeamte sollen als Angestellte eingestuft werden, d.h. kündbar sein. Diese Politik wäre nicht nur ein Angriff gegen die Beamten, sondern gegen alle Arbeiter und Angestellte.

Sozialistisches Programm

Das Programm “Fortschritt 90” geht am Kernpunkt der Sache vorbei. Die Krise der Staatsfinanzen, Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, soziales Elend sind allesamt Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Es geht darum, die enormen gesellschaftlichen Ressourcen in Deutschland für die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums zu nutzen. Jeder Erwerbstätige erwirtschaftet in der BRD im Jahr eine Wirtschaftsleistung von 86.420 DM, in der DDR sind es immerhin 31.720 DM. Würde man die Arbeitskraft der zwei Millionen Arbeitslosen der BRD und der 1,5 Millionen der DDR nutzen, könnten nicht nur über 100 Milliarden DM Arbeitslosen-, Kurzarbeitergeld und Sozialhilfe eingespart werden, sondern der gesellschaftliche Reichtum bzw. das Bruttosozialprodukt in Gesamtdeutschland um über 200 Milliarden DM im Jahr erhöht werden. Weit mehr als 10% Wirtschaftswachstum wären möglich, wenn Arbeitslose und die Millionen nicht registrierter arbeitswilliger Frauen in die Wirtschaft integriert würden. Die SPD-Führung müßte sich nicht den Kopf zerbrechen, wo gespart wird, sondern wie der gestiegene gesellschaftliche Reichtum im Interesse von Mensch und Natur am besten verwendet wird. Die ganze Diskussion über die Ökosteuer wäre hinfällig, weil durch höhere Produktion weit mehr Mittel geschaffen werden. Durch gesellschaftliche Planung würde ein optimales umweltschonendes Verkehrs- und Energiesystem geschaffen, was wiederum enorme Kostenersparnisse mit sich brächte. Allein die umweltzerstörenden und sozialen Folgekosten des Autoverkehrs betragen 80 Mrd. DM.

Alles, was notwendig ist, um an die notwendigen Mittel ranzukommen, ist Gemeineigentum an Produktionsmitteln und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Nur wenn die Gesellschaft die demokratische Kontrolle über die Produktionsmittel hat, kann umwelt- und menschenfreundlich produziert werden. Gerade die Preispolitik der Ölkonzerne und die Enteignung des DDR-Volkvermögens durch westdeutsche Banken, Versicherungen und Konzerne nach der Devise Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten, könnte die SPD nutzen, um im Wahlkampf eine Mehrheit für ein Programm zum Aufbau einer sozialistischen Demokratie in Deutschland zu bekommen.

Die Macht der Ölkonzerne wäre beendet. Eine Rüstungsindustrie, die Interesse an Diktatoren wie Saddam Hussein und weltweiter Hochrüstung hat, gäbe es nicht mehr. Rüstungs-, Auto- u.a. Industrien würden auf sinnvollere Produktion umgerüstet.

Weil diese sozialistische Alternative machbar und notwendig ist, müssen wir sie zum Programm der Partei machen.

Dafür kämpft VORAN:

→ Keine Finanzierung der Einheit durch Steuererhöhungen für die arbeitende Bevölkerung; Gesamtdeutscher Kassensturz unter Einbeziehung der Unternehmerkassen.

→ Rücknahme aller Kohl'schen Steuerwohltaten an die Reichen; stattdessen massive Besteuerung der Gewinne und Vermögen; Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).

→ Finanzierung eines massiven staatlichen Programms zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.

→ Erhalt und Ausbau des Lebensstandards auf dem in Ost und West jeweils höchsten erreichten Niveau, d.h. kostenlose Kinderkrippen, Verbot der Aussperrung, staatliches Gesundheitswesen, Rohstoff-Recycling-System, Trennung von Staat und Kirche, keine Schulzeitverkürzung, etc.

→ Drastische Abrüstung und weitere Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auf 9 Monate; Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung; Umstellung auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion, bei Garantie des Arbeitsplatzes bzw. der vollen Lohnfortzahlung bei Umschulung.

→ Sofortiger Stop von Rüstungsexporten. Weder direkter noch indirekter Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Deutschland raus aus der NATO.

→ Arbeit für alle statt Massenarbeitslosigkeit. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

→ Statt Alu und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschl. Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.

→ Statt „Tatort-Prinzip“ und faule Kompromisse: ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Familienplanung; 100%ige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder von 0-15 Jahren zum Nulltarif.

→ Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16. Hände weg vom Asylrecht.

→ Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.

→ Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

→ Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

→ Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die arbeitende Bevölkerung zur Durchsetzung eines solchen Programms mobilisiert und für eine neue Verfassung auf dieser Grundlage eintritt. Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und eine neue internationale Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

VORAN Wahlwette

Bundestagswahl 2.12.1990

Liste von

Sieger wird der Tip mit der geringsten Differenz zum Wahlergebnis. Mehrere Gewinner teilen sich die Prämie. Der Überschuß geht an den VORAN-Kampffond.

Gewinn
30% vom Einsatz

Jeder Tip
1 Mark

Wahl	Bet.						
Bund 83	89.1	38.2	48.8	5.6	-	7.0	-
Bund 87	84.3	37.0	44.3	8.3	-	9.1	-
Europa 89	62.3	37.3	37.7	8.4	-	5.6	7.1
Volksk. 90	93.2	21.8	48.2	4.9	16.3	5.3	-

Name, Adresse, Telefon	SPD	CDU	Grün 90	PDS	FDP	REP	Sonst
------------------------	-----	-----	------------	-----	-----	-----	-------

1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

Wahlen in Daten und Zahlen

Partei	Stimmenanteil (%)	Veränderung zur letzten Wahl (Prozentpunkte)	Zahl der Mandate
Bundeslegwahl¹⁾ vom 25. 1. 1987			
CDU/CSU	44,3	-4,5	223
SPD	37,0	-1,2	186
FDP	9,1	+2,1	46
Grüne	8,3	+2,7	42
Sonstige	1,3	+0,9	-
Regierung: CDU/CSU/FDP-Koalition Nächste Wahl: Voraussichtlich Ende 1990 Letzte Wahl: 6. 3. 1983			
Landtagswahl Baden-Württemberg vom 30. 3. 1988			
CDU	48,1	-2,8	66
SPD	32,0	-0,4	42
FDP	5,9	-1,3	7
Grüne	7,9	-0,1	10
Sonstige	5,1	+4,6	-
Regierung: CDU Nächste Wahl: 1992; letzte Wahl: 25. 3. 1984			
Landtagswahl Bayern vom 12. 10. 1986			
CDU	55,8	-2,5	128
SPD	27,5	-4,4	61
FDP	3,8	+0,3	-
Grüne	7,5	+2,9	15
Sonstige	5,4	+3,7	-
Regierung: CSU Nächste Wahl: Herbst 1990; letzte Wahl: 10. 10. 1982			
Abgeordnetenhauswahl Berlin/West vom 29. 1. 1989			
CDU	37,7	-8,7	55
SPD	37,3	+4,9	55
FDP	3,9	-4,6	-
Altern. Liste (AL)	11,8	+1,2	17
Republikaner	7,5	+7,5	11
Sonstige	1,7	-0,4	-
Regierung: SPD/AL-Koalition Nächste Wahl: 1993; letzte Wahl: 10. 3. 1985			
Bürgerrechtswahl Bremen vom 13. 9. 1987			
CDU	23,4	-9,9	25
SPD	50,5	+0,8	54
FDP	10,0	+5,4	10
Grüne	10,2	+4,8	10
Sonstige	5,8	+0,3	12
Regierung: SPD Nächste Wahl: 1991; letzte Wahl: 25. 9. 1983			
Bürgerrechtswahl Hamburg vom 17. 5. 1987			
CDU	40,5	-1,4	49
SPD	45,0	+3,3	55
FDP	6,5	+1,7	8
GAL	7,0	-3,4	8
Sonstige	1,0	-0,2	-
Regierung: SPD/FDP-Koalition Nächste Wahl: 1991 Letzte Wahl: 9. 11. 1986			

Partei	Stimmenanteil (%)	Veränderung zur letzten Wahl (Prozentpunkte)	Zahl der Mandate
Landtagswahl Heessen vom 5. 4. 1987			
CDU	42,1	+2,7	47
SPD	40,2	-6,0	44
FDP	7,8	+0,2	9
Grüne	9,4	+3,5	10
Sonstige	0,5	-0,4	-
Regierung: CDU/FDP-Koalition Nächste Wahl: 1991; letzte Wahl: 25. 9. 1983			
Landtagswahl Niedersachsen vom 13. 5. 1990			
CDU	42,0	-2,3	67
SPD	44,2	+2,1	71
FDP	6,0	±0	11
Grüne	5,5	-1,6	8
Sonstige	2,3	+1,8	-
Regierung: SPD/Grüne-Koalition Nächste Wahl: 1994; letzte Wahl: 15. 6. 1986			
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen vom 13. 5. 1990			
CDU	36,7	+0,2	89
SPD	50,0	-2,1	122
FDP	5,8	-0,2	14
Grüne	5,0	+0,4	12
Sonstige	2,3	+1,9	-
Regierung: SPD Nächste Wahl: 1995; letzte Wahl: 12. 5. 1985			
Landtagswahl Rheinland-Pfalz vom 17. 5. 1987			
CDU	45,1	-6,8	48
SPD	38,8	-0,8	40
FDP	7,3	+3,8	7
Grüne	5,9	+1,4	5
Sonstige	2,9	+2,4	-
Regierung: CDU/FDP-Koalition Nächste Wahl: 1991; letzte Wahl: 6. 3. 1983			
Landtagswahl Saarland vom 28. 1. 1990			
CDU	33,4	-3,9	18
SPD	54,4	+5,2	30
FDP	5,6	-4,4	3
Grüne	2,7	+0,2	-
Sonstige	3,8	+2,8	-
Regierung: SPD Nächste Wahl: 1995 Letzte Wahl: 10. 3. 1985			
Landtagswahl Schleswig-Holstein vom 8. 5. 1988			
CDU	33,3	-9,7	27
SPD	54,8	+9,6	46
FDP	4,4	-0,8	-
Grüne	2,9	-1,0	-
SSW	1,7	-0,2	1
Sonstige	2,9	+1,3	-
Regierung: SPD Nächste Wahl: 1992 Letzte Wahl: 13. 9. 1987			

1) Mandate ohne Berliner Abgeordnete. 2) Abgeordneter der Deutschen Volksunion (DVU)

Die neue Bundesregierung, März 1983

Bundeskanzler:	Helmut Kohl	(CDU)
Bundesminister des Auswärtigen:	Hans-Dietrich Genscher	(FDP)
Bundesminister des Innern:	Friedrich Zimmermann	(CSU)
Bundesminister der Justiz:	Hans A. Engelhard	(FDP)
Bundesminister der Finanzen:	Gerhard Stoltenberg	(CDU)
Bundesminister für Wirtschaft:	Otto Graf Lambsdorff	(FDP)
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Ignaz Kiechle	(CSU)
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung:	Norbert Blüm	(CDU)
Bundesminister der Verteidigung:	Manfred Wörner	(CDU)
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit:	Helner Geißler	(CDU)
Bundesminister für Verkehr:	Werner Dollinger	(CSU)
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen:	Christian Schwarz-Schilling	(CDU)
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:	Oscar Schneider	(CSU)
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen:	Helmut Windelen	(CDU)
Bundesminister für Forschung und Technologie:	Helnz Riesenhuber	(CDU)
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft:	Dorothee Wilms	(CDU)
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit:	Jürgen Warnke	(CSU)

Bundesregierung Sommer 1990

Bundeskanzler (BK)	Helmut Kohl (CDU)
Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers/Auswärtiges Amt (AA)	Hans-Dietrich Genscher (FDP)
Bundesminister des Innern (BMin)	Wolfgang Schäuble (CDU)
Bundesminister der Justiz (BMJ)	Hans A. Engelhard (FDP)
Bundesminister der Finanzen (BMF)	Theo Waigel (CSU)
Bundesminister für Wirtschaft (BMinW)	Helmut Haussmann (FDP)
Bundesminister für Ernährung, Landwirt., Forsten (BML)	Ignaz Kiechle (CSU)
Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen (BMB)	Dorothee Wilms (CDU)
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (BMA)	Norbert Blüm (CDU)
Bundesminister für Verteidigung (BMVg)	Gerhard Stoltenberg (CDU)
Bundesministerin für Jugend, Fam., Frauen, Gesundheit (BMJFFG)	Ursula Lehr (CDU)
Bundesminister für Verkehr (BMV)	Friedrich Zimmermann (CSU)
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit (BMU)	Klaus Töpfer (CDU)
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (BMP)	Christian Schwarz-Schilling (CDU)
Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau (BM Bau)	Gerda Hasselfeldt (CSU)
Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT)	Helnz Riesenhuber (CDU)
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW)	Jürgen W. Möllemann (FDP)
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)	Jürgen Warnke (CSU)
Sprecher der Bundesregierung und Bundesminister für besondere Aufgaben	Hans Klein (CSU)
Kanzleramtsminister	Rudolf Sellers (CDU)

Wahlkampfmaterialien

1. Poster "Zeigt Kohl die rote Karte", Format A2, Preis: Einzelexemplar 1 DM, ab 10 Stück 50 Pfg./St.

2. "Rote Karten", Format A6 (Postkartenformat), Preis: 10 Pfg./St.

3. Buttons (Durchmesser 3,7 cm), Preis 1,50 DM

Nr. 1



Nr. 2



Nr. 3



Nr. 4



Die vollständige Bestellliste kann bei der Redaktion angefordert werden.

Ich bestelle hiermit

_____ Wahlkampfinfos

_____ Posters "Zeigt Kohl die rote Karte"

_____ "Rote Karten"

_____ Buttons

_____ Exemplare von Nr. 1

_____ Exemplare von Nr. 2

_____ Exemplare von Nr. 3

_____ Exemplare von Nr. 4

_____ Ich bitte um die Zusendung einer vollständigen Button-Bestellliste.

Name: _____ Telefon: _____

Anschrift: _____

Schicken an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04

Überweisungen an: Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59 - 430